



öffentlich

Betreff:
Klimanotstand beenden

Einreicher: Fraktion AfD

Erstellungsdatum 17.02.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschliessen:

Der sogenannte „Klimanotstand“, beschlossen am 14.8. 2019
<https://ratsinfo.lhp.intern/ri/vo020.asp#searchword>, wird für beendet erklärt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle darauf referenzierenden Arbeitsanweisungen, Prozesse und Texte löschen zu lassen.

Weiterhin möge der Oberbürgermeister alle rechtlichen und finanziellen Auswirkungen auf die Stadt und den Bürger prüfen, die die Erklärung des Klimanotstands mit sich führten und ggf. Verfahren zur Erstattung gegen die Verantwortlichen einleiten.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

1. Ein „Notstand“ setzt akute „Not“ voraus, eine Situation, die aufgrund unmittelbarer großer Gefahr für Leib und Leben ohne jede Verzögerung vorrangig vor allem anderem schnellstens zu lösen ist. Diese kurzfristig aufgetretene Lage ist auch möglichst schnell zu beenden.
2. Ein Notstand kann schon per Definitionem keinesfalls ein Dauerzustand werden.
3. Die eventuell langfristig zu treffenden Maßnahmen können nicht im Status „Notstand“ über Jahre hinweggeführt werden. Es stellt sich nach einiger Zeit ein NORMALZUSTAND ein.
4. Es ist nicht ersichtlich, dass es irgendeine tatsächliche Not gegeben hätte, die ein unmittelbares außergewöhnliches Handeln zwingend erforderlich gemacht hätte. Es ist weder ein Mensch nachweislich zu Schaden gekommen, noch sind erkennbare Sachschäden in messbarer Größenordnung entstanden.
5. Die in dem Antrag angegebenen Ziele sind wissenschaftlich zweifelhaft begründet. Wenn die Mehrheit der Stadtverordneten diese Ziele als erstrebenswert ansieht, dann können diese ohne „Notstand“ verfolgt werden.
6. Einige Städte kehren schon auf den Weg der Rationalität zurück. So hat Ludwigsburg einen anderen Weg gewählt:

https://www.lkz.de/lokales/stadt-ludwigsburg_artikel,-keine-resolution-zu-klimanotstand-_arid,545331.html

Oder: „Städte rufen Klimanotstände aus, Ludwigsburg versucht es mit einem Klimabündnis,“ https://www.lkz.de/lokales/stadt-ludwigsburg_artikel,-stadt-will-bis-2050-klimaneutral-sein-_arid,576472.html

Über die in der Vorlage - 19/SVV/0543 benannten Maßnahmen wird in Zukunft unabhängig über einen „Not“-stand beraten werden können.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0243

öffentlich

Einreicher: AfD-Fraktion

Betreff: Klimanotstand beenden

Erstellungsdatum 3.3.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.03.2020	SVV		

Neufassung des Antrags: Klimanotstand beenden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der im August 2019 beschlossene „Klimanotstand“ wird beendet, der 2017 verabschiedete „Masterplan 100% Klimaschutz 2050“ wird aufgegeben, die Prüfung und Bewertung sämtlicher Verwaltungsprozesse auf angebliche Klimarelevanz werden aufgegeben, der Klimarat wird aufgelöst und die garantierten Sitze für die Vertreter der „Fridays for Future“-Bewegung werden aus sämtlichen Gremien und Ausschüssen gestrichen.

Begründung:

Für den Einfluss des Menschen auf das nur virtuell vorhandene „Globalklima“ gibt es keine wissenschaftlich hinreichenden Belege. Der angeblich durch CO₂ als atmosphärischem Spurengas ausgelöste Treibhauseffekt ist weder theoretisch exakt beschrieben noch experimentalphysikalisch eindeutig nachgewiesen.

Auch das Potsdamer Stadtklima ändert sich nicht über das natürliche Maß hinaus. Lediglich durch Neubebauung kann sich der lokale Wärmeinseleffekt verstärken und zu einer im Verhältnis zur Region relativ stärkeren lokalen Erwärmung führen. Die vor diesem Hintergrund angestrebten Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen in der LHP sind daher nutzlos in Hinblick auf angestrebte lokale oder sogar globale Temperatursenkungen.

Sie führen lediglich zu einer Verteuerung von Baukosten, einem Mehraufwand in der Verwaltung, höheren Personalaufwendungen in der Verwaltung und damit höheren Steuermittelausgaben.

Für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger ist bei Umsetzung des „Klima-Neutralitätsplans“ mit steigenden Kosten mindestens für Strom und Fernwärme, einer Verschlechterung des Verkehrsflusses und Absenkung des Lebenskomforts zu rechnen.

Die hiermit verbundenen zusätzlichen Kosten treffen vor allem die einkommensschwachen Potsdamer. Dies ist zutiefst unsolidarisch, da die Lebenshaltungskosten bereits heute viel zu hoch sind.

Von den für das Potsdamer Stadtklima und für das virtuelle „Globalklima“ irrelevanten Maßnahmen

leitet sich auch die Irrelevanz des Klimarates der LHP ab.

Dessen Auflösung ist eine logische Konsequenz.

Aufgrund der fehlenden demokratischen Legitimation sowie der offenkundigen Irrelevanz nach der Aufhebung des „Klimanotstandes“, sind die Vertreter der „Fridays-for-Future“-Bewegung, aus sämtlichen Ausschüssen und sonstigen Gremien abuberufen.



Chaled-Uwe Said
(Fraktionsvorsitzender)

Unterschrift